



Antrag

der Abgeordneten **Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Dr. Herbert Kränzlein, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Susann Biedefeld, Kathi Petersen SPD**

Mehr Personal für die Gerichtsbarkeiten zur Bewältigung der Verfahren im Zusammenhang mit der Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylbewerbern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass in der ordentlichen Justiz und den Fachgerichtsbarkeiten in Bayern genügend richterliches und nichtrichterliches Personal zur Verfügung steht, um die mit der Zuwanderung von Flüchtlingen verbundenen Verfahren in angemessener Frist und rechtsstaatlichen Standards entsprechend bearbeitet werden können und hierfür dem Landtag im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt 2016 einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten.

Begründung:

Die ordentliche Gerichtsbarkeit und die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Bayern stehen vor großen Herausforderungen. Die Zunahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Bayern führt nicht nur bei den Verwaltungsgerichten zu erhöhten Eingangszahlen bei den Asyl- und Ausländersachen, auch die ordentliche Gerichtsbarkeit ist von den steigenden Flüchtlings- und Asylbewerberzahlen betroffen: Der ansteigende Zustrom unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge führt zu einem Belastungsanstieg bei den Familiengerichten und der Zuwachs von Ermittlungsverfahren wegen Verstößen gegen das Aufenthaltsgesetz und wegen Schleuserkriminalität setzt die Staatsanwaltschaften und ihre Geschäftsstellen ansteigenden Belastungen aus.